

Mittrauen swingen". Nunmehr legten sich die Sozialisten und die Demokraten mit der Deutschen Volkspartei allein ohne das Zentrum an den Verhandlungstisch. Ghe aber ein Ergebnis erzielt wurde, gehabt etwas ganz Ueberraschendes. Das Zentrum wurde nämlich plötzlich von der Angst geprägt, daß es von der Regierung ausgeschlossen werden könnte, und zur Vermeidung dieses für Zentrumsbegriffen größten aller politischen Uebel erklärte es in jöhem Unfall seine Bereitswilligkeit, sämtliche sozialistischen Forderungen unbedingt zu schließen. So sah sich die Sozialdemokratie vor die Wahl gestellt, entweder die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei fortzuführen und dem Zentrum den Vorschlag zu geben oder mit dem Zentrum zu koalieren und die Deutsche Volkspartei schon zu lassen. Die Wehrheit der sozialistischen Funktionäre entschied sich in diesem Dilemma für das Zusammengehen mit dem Zentrum, also, da die Demokraten immer bedingungslos mit den Sozialisten gingen, für die Weimarer Koalition. Die Bedeutung dieser Stellungnahme gipfelte in der Erwagung, daß eine Verbindung mit dem Zentrum der Sozialdemokratie erheblichere Vorteile für die Erweiterung ihrer Machtstellung in der Regierung bietet als eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei, die wegen der ihr zur Verfassung stehenden geringen Mehrheit doch voraussichtlich sehr bald zur Herabnahme des Zentrums in die Regierung zwingen und so die Große Koalition herbeiführen würde. Gegen die Große Koalition aber hatte die bessische Sozialdemokratie von vornherein mit demselben Nationalismus Front gemacht, wie seinerzeit die südlichen Linksozialisten beim Ausbruch des Streites mit den Altkonservativen. Die Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei wurde ferner auf die Rücksichtnahme auf die kommenden Reichstagswahlen gefügt, „für die eine solche Verbindung eine wesentlich schwierige Belastung für die Sozialdemokratie bedeutet hätte als die Koalition mit dem Zentrum“.

Die bessische Sozialdemokratie hat also eine satte Ernte in die Schuppen gebracht. Die sozialistische Presse traut denn auch eine sattie Bewegung zur Schau, insbesondere über die Erwerbung des Innensenministeriums, und erklärt, hier seien die großen politischen Aufgaben der nächsten Zukunft zu leisten, vornehmlich „die Demokratisierung der Verwaltung durch Übernahme politischer Vertrauensämter des republikanischen (nicht sozialistischen) Regimes“. Damit ist für die Sozialdemokratie die Voraussetzung für eine starke Machstellung im Staate gegeben. Also Parteipolitik ohne Umhülfse! Und nun sitzt in der bessischen Regierung das Zentrum, das die Minister der Finanzen und der Justiz stellt, einräumlich mit der sozialen Sozialdemokratie zusammen, die eine grimme Feindin der Bekenntnisschule und der religiösfürstlichen Angenderziehung überhaupt ist; sitzt mit der Sozialdemokratie zusammen, obwohl es noch kurz zuvor festlich verkündet hatte, daß ohne Sicherungen in der Schulfrage an einer Erneuerung der früheren Verbindung mit der atheistischen Linkspartei nicht zu denken sei! Für das Zentrum ist offenbar die Haupstrecke, immer mit bei der Regierung zu sein. Wie sehr es von dieser Mächtlichkeit beherrscht wird, konnte es nicht drostlicher zeigen als durch das Eingeben auf die massiven Bedingungen der bessischen Sozialdemokratie. Die Sozialisten aber wollen nicht bloß, wie das Zentrum, mit bei der Regierung sein, sondern sie geben gleich aufs ganze, indem sie überall in den Einzelstaaten, wo sie zur Macht gelangen, die Hand nach dem Innensenministerium ausstrecken. Das preußische Beispiel macht in dieser Hinsicht Schule. Der sozialistische Anteil wird nur dann ansichtlich sein, wenn die bürgerlichen Parteien überall ungesplittert und mit einheitlichem Vorzeichen der radikalen Linkspartei gegenüberstehen. In Hessen stehen den sozialistischen und kommunistischen 30 Stimmen insgesamt 40 bürgerliche gegenüber, also eine kompakte Mehrheit. Es müßte daher konsequentweise eine rein bürgerliche Regierung gebildet werden. Statt dessen führt die bürgerliche Einigkeit dazu, daß die Weimarer Koalition unter sozialistischer Vormachtstellung mit 42 Stimmen die Augen eröffnet. Also auch hier wieder die eindringliche Mahnung an die bürgerlichen Parteien: „Seid einig! Vernet, Ihr seid gewarnt!“

Bernichende Abschuß für Dr. Wirth.

Köln, 24. Febr. Der frühere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth hatte vor einiger Zeit in einem Zeitungsaufzug mit der Überschrift „Wohl, Frei und Im Busch?“ anlässlich der Meinungsverschiedenheiten im Zentrum u. a. sich dagegen gewandt, daß die Gewerkschaften als solche Partei und Politikenseiten wären. Er hatte auch den Satz geschrieben, daß die Tätigkeit mancher christlicher Gewerkschaftsführer mit gewissen sozialkatholischen Gedankengängen nicht ganz unverwandt sei. Diese Bemerkungen Dr. Wirths sind in den Kreisen um Umbroch auf heftige Ablehnung gestoßen. So veröffentlichte jetzt der Vorsitzende des Bezirkverbandes Hessen des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Prof. Dr. e. man. in der „Kölner Zeitung“ einen offenen Brief an Dr. Wirth, in dem es u. a. heißt: „Der Vorwurf weltanschaulicher Unzulänglichkeit Klingt aus Ihrem Mund in höchstem Maße befremdend. Bei den vor einigen Monaten geslogenen Unterhaltungen über das Reichschauspiel konnten weit Kreise die Aufführung gewinnen, daß gerade Sie keinen übermäßig großen Wert auf die Bedeutung des Weltanschaulichen legen. Um übrigens ist es menschlich durchaus erklärlich, daß bei einem Staatsbürgert mit 19650 Mark Pension das Sozialpolitische nicht so vordringlich ist, wie bei vielen hunderttausend Kaufmännern, die nicht wissen, womit sie die allgemeinfachsten Bedürfnisse befriedigen können. Sie glauben, daß das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer im Zentrum einer Hoffnungslosen Stimmung entspringe, weil angeblich die sozialpolitischen Hoffnungen enttäuscht habe. Ihre Denkwelle erschöpft sich anscheinend auch hier in den formalen Begriffen von Linksp. und Rechtskoalition, die für Sie mit Fortschritt und Reaktion gleichbedeutend sind. Dabei ist doch offenbar, daß diese Begriffe sich keinesfalls mit der Wirklichkeit decken. Vor einigen Jahren haben Sie im Reichstag verkündet, wenn es zum Kampfe zwischen Arbeitern und Bürgern käme, würden Sie auf Seiten der Arbeiter stehen. Sie haben Ihre Anhänger bitter enttäuscht, Herr Wirth. Nicht in tödenden Reden und rauschenden republikanischen Kundgebungen erschüttern sich die Geschilde unseres Volkes, sondern durch eine christlich-soziale Politik der Tat.“ — Man wird zunehmend müssen, daß die Abschuß, die Herrn Wirth hier bereitet wird, geradezu vernichtend genannt werden muss.

250 Samoaner verhaftet.

London, 24. Febr. Nach den letzten Meldungen aus dem früheren deutschen Samoa lehnen sich die Samoaner weiterhin gegen die neuengländische Mandatsbeherrschung auf. Um die Herrschaft Neuseelands abzuholen, hatten die Einheimischen ein eigenes Polizeikorps ausgerichtet. Neuseeländische Polizei und Marine entwaffneten gestern 250 Mitglieder dieser Einheimenstreit und erklärten sie für verhaftet. Die Ereignisse auf dem einst so friedlichen Samoa id am höchste gestiegen.

Mussolini wird auf die Wiener Kundgebung antworten. Eine Gruppe von Abgeordneten fragt an, ob es nicht angebracht sei, in den Kundgebungen des Wiener Nationalrates künftig eine unerträgliche Einigung eines fremden Staates in die innere italienische Gesellschaft zu erbliden. Mussolini wird bei dem bevorstehenden Parlamentsbeginn diese Anfrage beantworten.

Ambulanzt des neuen japanischen Botschafters in Paris. Botschafter Adachi hat gestern nachmittag dem Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Das Borgehen gegen die Splitterparteien.

Neue Beratungen im Gange.

Berlin, 24. Februar. Mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages wird eine politisch bedeutsame Frage auf, nämlich das Borgehen gegen die Splitterparteien. Besonders hält darüber im Reichstag schon interfraktionele Beratungen statt, die auch erkennen ließen, daß eine Zweidrittelmehrheit für die notwendige Verfassungsänderung gegeben ist. In den Tagen, in denen man nicht wußte, ob der Reichstag sofort aufgelöst werden würde, waren diese Besprechungen unterbrochen worden. Das hat zum Beispiel Preußen veranlaßt, durch den Gesetzentwurf, dem der Staatsrat gestern seine Zustimmung gab, keine Bindungen gegen die Splitterparteien zu bestimmen, damit nicht etwa der Staatsgerichtshof auf den Antrag einer solchen Splitterpartei hin nezwungen sein würde, die sehr kostspieligen Vorwürfe gegen die verhüllten Neuwahlen auch für ungültig zu erklären. Am Reiche werden, wie das Nachrichtenbüro des B. D. A. aus parlamentarischen Kreisen erfuhr, die Besprechungen über die Splitterparteien nun auch wieder aufgenommen. Es ist möglich, daß ein Schluß dahin auftaucht kommt, auf dem Einsatzzeitpunkt nur einen weiten Raum für die Splitterparteien freizulassen, was naturnahlich schon eine erhebliche Erhöhung des Deutzen, da jeder Wähler einer Splitterpartei dann erst den Parteidaten einzeln müsse, wobei so manche Splitterstimme durch unbekannte Kenntnis der Vorwürfe ungültig würde. Für die Länder aber dürfte es mit solchen Maßnahmen gegen die Splitterparteien bei den angenommenen Maßnahmen zu spät sein, denn sie müßten mit ihrer geistigen Regelung auf der Grundlage der Verfassung des Reichs sinken. Man könnte in parlamentarischen Kreisen, daß es unmöglich sein wird, etwa die Reichsvorwürfe zugleich für die Länder

verbindlich zu erklären. Somit ist damit zu rechnen, daß in den bevorstehenden Wahlkämpfen für die Länder die Splitterparteien noch einmal hervortreten können.

Heute erst Ministrerrat über den Notelet.

Berlin, 25. Februar. Wie verlautet, daß die für gestern nachmittag angelegte Ministerberatung wegen der durch den Besuch des afghanischen Königs in der Berliner Feststellung der Entwürfe hervorgerufenen Verzögerungen nicht stattgefunden. Die Sitzung ist nunmehr für heute nachmittag angelegt worden.

Berlin, 24. Febr. Die nächste Vollsitzung des Reichstages ist jetzt endgültig auf Montag, den 27. Februar, 9 Uhr nachmittag abgehalten worden. Auf der Tagesordnung steht die Entgegnung einer Erklärung der Reichsregierung, in Verbindung mit der Fortsetzung der zweiten Beratung des Hauses.

Verschärfung der Strafe in Bayern.

München, 24. Februar. Die Schwierigkeiten, die sich der Schluß der Beamtenbefreiungsordnung entgegenstellen, haben sich noch dadurch verschärft, daß die Landtagsfraktion des Bayerischen Bauernbundes endgültig beschlossen hat, auf ihrer Versammlung einer Gehaltserhöhung für die höheren Beamten zu bestehen. Der Bayerische Beamtenbund bestätigt seinen Landesvorstand nach München eingetroffen und in großer öffentlicher Kundgebung zu der Haltung des Bauernbundes Stellung zu nehmen.

Die Erbitterung in der Bauernschaft.

Ein Warnruf der märkischen Landwirtschaft.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 24. Febr. Der Kreislandbund Ost-Prignitz hat auf einer Tagung, die gestern stattfand, eine Entschließung gefaßt, die die Stimmung innerhalb der deutschen Bauernschaft in einer Weise zum Ausdruck bringt, die an Deutlichkeit kaum zu überbieten sein dürfte. Es heißt in diesem Warnruf der märkischen Bauern: Was die Bauernschaft heute aus ihrer Ruhe aufschreckt hat, was sie in der Tiefe ergreift, ist das Gefühl, daß ihr im heutigen deutschen Staat ein Verhängnis, ein Schicksal gegenübersteht, von Mächten erkannt wird, welche es nicht drostlicher zeigen als durch das Eingeben auf die massiven Bedingungen der bessischen Sozialdemokratie. Die Sozialisten aber wollen nicht bloß, wie das Zentrum, mit bei der Regierung sein, sondern sie geben gleich aufs ganze, indem sie überall in den Einzelstaaten, wo sie zur Macht gelangen, die Hand nach dem Innensenministerium ausstrecken. Das preußische Beispiel macht in dieser Hinsicht Schule.

um die Frage der Weltanschauung.

Die Bauernschaft beginnt zu erkennen, daß die heute im Staat bestimmenden Kräfte nicht diejenigen sind, die eine Wiedergeburt des Deutschen Reichs auf der Grundlage nationaler Würde und Wehrhaftigkeit herbeizuführen vermögen, ja daß sie nicht einmal dazu gewillt sind. Diese marxistischen und internationalen Mächte fühlen sehr wohl, daß allein aus dem deutschen Boden und dem wurzelierten Volk die Kraft und der Geist kommen können, die das Reich zu neuem Glanz emporheben werden. Sie haben aber allen Grund zu fürchten, daß diese Bewegung alle diesbezüglichen hinweglegen wird, die heute am Werke sind. Deutschland in immer härtere Verflüssigung und nationale Schande hinabstoßen. Darum richtet sich ihr Kampf gegen das Landvolk. Darum wird eine Wirtschaftspolitik getrieben, die in jenen Reihen selbst als Sozialisierung eingestanden wird. So glauben die feuerlosen Mächte der Großstadt ihren Novumberg zu verewigen, indem sie das letzte gesunde Element des Staates, das einzige, aus dem heraus eine nationale Neuerung denkt, wirtschaftlich vernichten, es entwurzeln und von der Scholle der Bäter vertreiben.

Nicht lange mehr, so haben sie ihr Ziel erreicht.

Darum rufen wir den Bauern in ganz Deutschland zu: Verachtet neben euren wirtschaftlichen Sorgen den Kampf des Fleisches nicht! Arbeitet und kämpft, damit jeder einzelne von euch ernst gewürdigt wird von dem Heil des Widerstandes gegen den Marxismus und die selene und wurgelige Großstadt, die euch Eßne und Ekel nicht und entstremdet. Kämpft mit dem Mittel des Wahlzettels. Die Zeit dazu steht nahe bevor. Werdet aber auch gern bereit mit eurem Volke den Kampf zu führen, der euch vielleicht bald aufgezwungen wird. Den dunklen Mächten aber, die heute Staat und Volk zugrundedrücken, rufen wir entgegen: Gnade euch, ihr Volksverbrecher, wenn der Bauer ansicht im Land!

Das Agrarprogramm Preußens.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 24. Februar. Die preußische Regierung verbüsst ihre Agrarpolitik, mit dem sie die Durchführung des Landwirtschaftsprogramms der Reichsregierung erleichtern will. Die 80 Millionen Mark für die Organisation und Förderung des Schlachtwiehs und Fleischablaufs sollen nicht schematisch, sondern nach den örtlichen und Bedürfnissen der einzelnen Ländern verteilt werden. Preußen müßte 65 Prozent beanspruchen. Die zur Sanierung und Förderung landwirtschaftlicher Genossenschaften bestimmten 25 Millionen Mark sollen der Preußenkasse zur Weiterleitung zur Verfügung gestellt werden. Die preußische Regierung will eine nochmalige Kapitalerhöhung von 31 Millionen Reichsmark vornehmen. Auch das Reich könnte sich mit dem gleichen Betrag an der Preußischen Centralgenossenschaftsflasche beteiligen.

Durch dieses Vorzeichen will sicherlich die preußische Regierung den Bestrebungen, die Preußenkasse in ein Reichsinstitut umzuwandeln und sie womöglich der Rentenbankdirektion anzustellen, die Spur abbrechen. Dieser Fall ist nur ein Beispiel dafür, daß das sozialistische Preußen sich auch bei den Hilfsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft in einen bemerkbaren Gegensatz zur Reichsregierung stellt. Auch den Handelsaufbauplan, durch Anforderung von Mitteln nicht mehr lebensfähige landwirtschaftliche Großbetriebe zum Zwecke der Ziehung zu erwerben, hält Preußen für gefährlich, da er einen Preissturz auf dem Gütermarkt zur Folge haben könnte.

Deshalb müßte eine besondere Organisation geschaffen werden, die nur vorübergehend existieren soll. Ihr wäre die Schuldenregulierung überliefelter Wirtschaften zu übertragen, wenn die Person des Betriebshabers Garantien für eine weitere Betriebsführung biete. Wenn das nicht der Fall ist, soll sie die Betriebe läufig erwerben, um sie an tüchtige Landwirte weiter zu verkaufen oder selbst in eine sogenannte Zwischenwirtschaft zu übernehmen. Die preußische Regierung erklärt sich weiter bereit, die Hoffnung für die gesuchte Auslandsanleihe für die Landwirtschaft zu übernehmen, die auf 200 Millionen Mark vorgesehen ist und für die das Reich einen besonderen Garantiefonds von 75 Millionen Mark zur Verfügung stellen will. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die Reichsregierung das preußische Agrarprogramm akzeptiert.

Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß das preußische Agrarprogramm manchen vernünftigen Gedanken enthält, ergegen doch gerade die Angriffe auf das Reichsprogramm bestehen. Denn mit einem Kampf zwischen den landwirtschaftlichen Städten Preußens und des Reiches ist der Landwirtschaft auf keinem Fall günstig. Nur ein enges und vertrauliches Zusammensetzen aller Länder mit dem Reich kann die Rettung bringen.

Die neue Bauernpartei.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 24. Febr. Im Weimarschen Bauernbund sprach der Reichstagsabgeordnete Höhne, der Mitbegründer der neuen Christlich-Nationalen Bauernpartei über die Bedeutung der neuen Partei und ihr Programm. Er verwies auf die Organisation des Thüringer Landbundes, der der Meinung ist, daß nur durch die eigene Vertretung im Parlament parteiliche Bindungen, die in anderen Fällen immer eingegangen werden müßten, überwunden werden können. Deshalb haben Thüringers Vertreter im Reichstag, wenn auch nicht leichter Herzens, eine neue, elegante, die Christlich-Nationale Bauernpartei, gegründet. Der Deutschen-nationalen Volkspartei können wir, so führt der Redner aus, nur Rühmliches nachfragen. Sie habe die landwirtschaftlichen Interessen immer am besten gewahrt. Nach der Gründung der stark linksorientierten Gruppe des Deutschen Bauernbundes unter Leitung des früheren Reichslandwirtschaftsministers Rehrl, die bestrebt ist, im ganzen Reich Fuß zu fassen, sei aber für die Bauern keine Zeit mehr zu verlieren gewesen. Die neue Partei werde nicht nur alte Forderungen der deutschen Bauern und des Reichslandbundes restlos vertreten, es würden der neuen Partei auch Aufgaben in kultureller und außenpolitischer Hinsicht erwachsen. Das Symbol seien die drei Ahnen auf der Landesfahne: Christkönig, Deutschland und Bauernkönig. Deutsche Bauern könnten nur auf deutschem Boden arbeiten. Sie verlangen keine Bevölkerung, sondern lediglich Wehrstellung. Sie wollen angelebt werden als der Nährstand des deutschen Volkes. Die Stellung der neuen Partei sei eine arbeitsfreudliche, aber den Marxismus werde sie schärfstens bekämpfen.

Der bisher der volksparteilichen Reichstagsfraktion gehörende Präsident des Reichslandbundes, Karl Hepp, hat der neugegründeten Christlich-Nationalen Bauernpartei angegeschlossen. Mit diesem Wechsel des Reichslandbundpräsidenten soll lediglich die enge Verbundenheit der neuen Partei mit dem Reichslandbund demonstriert werden.

Ein Appell der vaterländischen Verbände.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 25. Februar. Die Vereinten vaterländischen Verbände Deutschlands erlassen zur Notlage der deutschen Landwirtschaft einen Aufruf: „Die Notlage der Landwirtschaft ist zu einer unmittelbaren Gefahr für jeden Soldatenkosten geworden. Die Industrie erkennt, daß sie neben einer verlorenen Landwirtschaft selbst verloren ist. Die deutsche Arbeiterschaft lädt den All ab, auf dem sie selber sitzt, wenn sie durch die marxistische Hebe weiter in Blindheit halten läßt und nicht erkennt, daß sie auf Geduld und Verderb verstanden ist mit dem Schicksal der deutschen Boden, mit dem Schicksal der deutschen Landwirtschaft. Die Vereinten vaterländischen Verbände stellen sich geschlossen und entschlossen neben der Landwirtschaftbewegung und ihre Forderungen und rufen alle Einrichtungen, die noch gefundenen Selbstverhältnisse haben und die nicht verhungern wollen, auf, die Leidenden der Zeit zu erkennen und an ihrem Teil mitzuhaben, daß das Staatsleben endlich umgestellt wird.“

innerer Kraft. Der Zusammenbruch der deutschen Militärmacht beendete die Okkupation und befreite uns von der erneidigen Umgerechtigkeit und dem das Nationalgefühl verlegenden Druck.“ — Der deutsche Volksgeist war den Feierlichkeiten ferngeblieben. Die bessische Volkschaft sieht in diesem Erfolg eine offene Unstimmigkeit gegen Deutschland. Man erwartet diplomatische Schritte.

Der estnändische Staatsälteste, Toomisson, bezeichnete in einer Rede nicht nur Lettland, sondern auch Polen als Verbündeten Estlands. Die Auseinandersetzungen finden große Beachtung, da hier zum ersten Male in aller Offenheit die Wehrlichkeit von einem Bündnis zwischen Estland und Polen gefordert wird.

Die öffentliche Haltung wegen Nemorodovs gegen den Lieutenant a. D. Heinrich, die Befreiungswellen Ottom und Präbel und gegen fünf weitere Personen wegen Beihilfe zum Mord an Schmidt ist jetzt erhoben worden.